

Sommernachts(t)räume in Friedrichshain?

Nachtschlaf ist kein Standortfaktor – am Boxhagener Platz geht ein alter Streit in eine neue Runde

Michael Heimer

Werden die Nächte lang und lau, stehen die Probleme unwiderruflich und im wahrsten Sinne des Wortes vor der Tür: Mit Anbruch des Abends füllen sich die Stühle und Bänke vor Kneipen und Cocktailbars bis auf den letzten Platz. Parkplatzsuchende ziehen konzentrische Kreise um die Objekte der Begierde – um irgendwann nach unzähligen Einparkmanövern irgendwo auf dem Fußweg zu parken. Ein Gitarrenduett (wahlweise auch ein Klarinettensolo) übertönt den häuslichen Fernsehapparat und proportional zum Alkoholspiegel vieler Gäste wächst sich das Crescendo des Geräuschpegels gegen Mitternacht zum Fortissimo aus. Offene Fenster bei 27°C Raumtemperatur sind Tabu. Wer zur Strasse raus schlafen muss, hat ohnehin verloren. Und die Wirte der einschlägigen Etablissements machen – vorausgesetzt das Wetter spielt mit – ihr Geschäft des Jahres.

Mit Beginn des Sommers als der „lauten Jahreszeit“ ist westlich des Boxhagener Platzes ein alter Streit in eine neue Runde getreten. Schon seit Jahren wehrt sich die AnwohnerInneninitiative „Die Aufgeweckten“ gegen Lärmbelästigungen, die primär oder sekundär von den zahlreichen gastronomischen Einrichtungen im Gebiet ausgehen.

Wies die Gegend noch vor wenigen Jahren lediglich ein Paar alteingesessene Destillen, zu Trinkhallen umfunktionierte Spätverkäufe und (ehemalige) Hausbesetzerkneipen auf, so hat sich dieser Status quo ante in sein extremes Gegenteil verkehrt. Das zuständige Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg zählte unlängst 110 gastronomische Einrichtungen mit einer Kapazität von 3360 Außenplätzen im Gebiet Boxhagener Platz.

Kollwitzplatz überrundet

Diese Entwicklung stellt angesichts der räumlichen wie zeitlichen Verdichtung selbst die seinerzeit von Kennern der Szene als „dramatisch“ eingestufte Entwicklung am Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg bei weitem in den Schatten – hier stieg die Zahl von einem vergleichbaren Niveau auf insgesamt 122 Einrichtungen, allerdings im Verlauf der

gesamten Dekade zwischen 1989 und 1999. Eine solche Konzentration gastronomischer Betriebe ist nun geeignet, einem Wohngebiet völlig inadäquate Lärmbelästigungen und Umweltbelastungen zu bescheren. Verursacht durch die Kneipenplätze unter freiem Himmel sowie den Fahrzeugverkehr der Besucher, ergaben nächtliche Lärmessungen in der Simon-Dach-Straße Werte von 60 bis 65 Dezibel (der zulässige Grenzwert liegt bei 40 Dezibel).

Beschwerden beim Bezirksamt wurden in den Vorjahren entweder mit steter Regelmäßigkeit verschleppt oder sie führten nach langem Prozedere zu wenig substantziellen Ergebnissen. So blieben beispielsweise die einigen Betreibern auferlegten „freiwilligen Selbstverpflichtungen“ – bis 23.00 bzw. 24.00 Uhr den Freiluftausschank zu beenden und die Tische einzuräumen – nur punktuell auf einige wenige gastronomische Einrichtungen beschränkt. Rechtsunverbindlich gehalten, wurde ihre Umsetzung in der Praxis eher lax gehandhabt. Diese unter Federführung des damaligen Friedrichshainer Bezirksbürgermeisters Helios Mendiburu (SPD) gefundene Lösung entpuppte sich für die Anwohnerinnen und Anwohner einmal mehr als ein „fauler Kompromiss“. Die Kneipen brummen mehr denn je.

Ein schon lang gehegter Verdacht der Anwohner scheint indes vollends zur Gewissheit zu werden: hinter dem spezifischen (Nicht-)Verhalten des Bezirksamts (hier: Umwelt-, Wirtschafts- und Tiefbauamt) steckt System. Einflussreiche Kräfte auf der Leitungsebene der beteiligten Ressorts verfolgen augenscheinlich „übergeordnete“ Interessen, denen im Zweifelsfalle die Bedürfnisse einer Mehrheit der Gebietsbevölkerung einfach „geopfert“ werden. Und zwar unabhängig davon, ob die Betroffenen nun der Gebietsentwicklung generell positiv gegenüberstehen und sich rein subjektiv an „ihrem“ Lärm stören oder aber dem Umstrukturierungsprozess im Kiez, der neben Verdrängung eben auch „Lärm“ mit sich bringt, allgemein ablehnend gegenüberstehen.

Lärmschutz als Hindernis von Standortpflege

So stoppte Baustadtrat Franz Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) eine Anweisung des Bezirksamts, die das Verhältnis der zulässigen Zahl von Außenplätzen und Kneipengröße erstmalig regeln sollte und eine Beschränkung der Freiluftplätze nach 22.00 Uhr vorsah bzw. nach 22:00 Uhr generell versagte. Diese Maßnahme sei dem Übereifer von Amtsmitarbeitern geschuldet, die ohne Rücksprache mit ihren im Urlaub befindlichen Vorgesetzten eine drohende Anwohnerklage hätten abwehren wollen, so Schulz. Und weiter: „Wenn sich das durchsetzt, ist die Attraktivität diese Kiezes als Amüsiermeile weg“ (Der Tagesspiegel vom 06.08.2002). Nun prüft Stadtrat Schulz gar die Möglichkeit einer städtebaulichen Ausweisung des Areals als Sondergebiet, womit derzeit offiziell geltende Lärmschutzverordnungen endgültig hinfällig würden.

Damit liegt er voll im Trend einer derzeit herrschenden stadtentwicklungspolitischen Doktrin: In der internationalen Standortkonkurrenz steht Berlin demnach im Wettstreit um die Gunst mobiler und finanzstarker Einwohner und Unternehmerschichten. Neben den „klassischen“ harten Standortfaktoren wie Verfügbarkeit und Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, Nähe zu Verkehrsknotenpunkten und Absatzmärkten, Investitionsanreizen und fiskalischer Stabilität sind zunehmend sogenannte weiche Standortfaktoren, also im weitesten Sinne die kulturelle wie repräsentative Zubereitung der

Stadt, ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen. Gerade auch durch weiche Standortfaktoren wie hervorragende Wohn-, Freizeit- und Kulturangebote soll die Anziehungskraft für hochqualifizierte Arbeitskräfte und so auch für die Ansiedlung bzw. Expansion moderner Betriebe und für auswärtige Besucher gesteigert werden.

Ultimatum der AnwohnerInnen

Die Entwicklung im Südosten Friedrichshains reiht sich mühelos in derartige Szenarien ein: das Gebiet rund um die Simon-Dach-Straße gilt als in hohem Maße attraktiv und das wiederum hat unmittelbare Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt wie auch die Herausbildung einer spezifischen Konsum- und Freizeitinfrastruktur. Ihr Einzugsbereich reicht weit über das Gebiet hinaus und ist nach Bekundungen von Bezirksamt und Gewerbetreibenden (im August 2002 wurde der Dachverband „Wir(te) in Friedrichshain“ gegründet) längst zu einem einzigartigen Standortfaktor des Bezirks mit gesamtstädtischer Bedeutung geworden. Dies äußert sich nicht nur in der überdurchschnittlichen Ansiedlung von Kneipen, sondern auch in seiner besonderen urbanen Qualität als Wohn- und Arbeitsort.

Ein solches Image in der Standortkonkurrenz muss nun gegen eine Vielzahl störender Einflüsse abgesichert werden. Denn die mit derartigen Attraktivierungs- und Aufwertungsprozessen einhergehenden Veränderungen in der Gebiets-, Bevölkerungs- und vor allem Gewerbeentwicklung zeigen eine polarisierende Wirkung auf die gesamte Nachbarschaft und fordern Widerspruch heraus. Davon zeugen beispielsweise der Widerstand gegen „Yuppisierung“ und Umstrukturierung in den 80er Jahren in Kreuzberg und Mitte der 90er Jahre in Prenzlauer Berg.

Auf der anderen Seite wird die Verdrängung bestimmter angeblich „standortgefährdender“ Bewohnerrelikte am Helmholtzplatz forciert (siehe auch MieterEcho Nr. 288). Und auch die besagten AnwohnerInnen des Boxhagener Platzes – mit ihrer „Posemuckel“-Mentalität nach Meinung ihrer Kritiker – wissen den urbanen Erlebnisraum einer Metropole einfach nicht zu würdigen.

In Friedrichshain spitzt sich die Lage derweil zu. Die Anwohner haben aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre ihre Konsequenzen gezogen: Sie lehnen neue Kompromisse, deren Halbwertszeit sich aller Voraussicht nach in Wochen messen lässt, ab. Auch weitere Gespräche, die in der

Vergangenheit stets auf Beschwichtigung und Gewöhnung denn auf Veränderung abzielten, werden kategorisch ausgeschlossen. Sollte das Bezirksamt nicht bis zum 27.08.2002 – so das gestellte Ultimatum – auf die Forderungen der Anwohner nach einer Lösung für das gesamte Gebiet Boxhagener Platz reagieren, drohen diese mit Klage vor dem Berliner Verwaltungsgericht und wollen zudem eine einstweilige Verfügung erwirken.

Im Folgenden dokumentieren wir die Forderungen der Anwohner an das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg:

- **Verlängerung der Sperrzeiten für Gaststätten um die Einhaltung der gesetzlichen Lärmpegel zu sichern**
- **Reduzierung der Außensitzplätze im Kiez und Vorverlegung der Sperrzeiten für Schankvorgärten auf 22.00 Uhr an allen Tagen**
- **Begrenzung der Außenschankflächen auf die reale Ladefront und in Hinsicht auf die Mindestgewebreiten**
- **Die Schließung der Fenster und Türen der gastronomischen Betriebe ab 22.00 Uhr an allen Tagen**
- **Unterbindung von Geruchs- und Lärmbelästigungen aus technischen Anlagen durch Austausch und Verbot technisch unzureichender und fachlich falsch montierter Abluftanlagen**
- **Eine stärkere Kontrolle der gastronomischen Betriebe auf die Einhaltung von Auflagen**

Aktuelle Gastrokarte des Kiezes

Quelle: www.kneipenlaerm.de



Weitere Infos im Internet unter:
<http://www.kneipenlaerm.de>